

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

RA Storr Erlacherstraße 9 D-97845 Neustadt a. Main

Herrn
Bundesumweltminister
Peter Altmaier
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit (BMU)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin

vorab per Telefax an 030 18 305-2044 (ohne Anlagen)

Anschrift:

Rechtsanwalt Dominik Storr
Erlacherstraße 9
D-97845 Neustadt am Main

Kommunikation:

Tel: +49 (0)9393 99320-3
Fax: +49 (0)9393 99320-9
info@buergeranwalt.com

Internetauftritt:

www.buergeranwalt.com

Anderkonto:

SP Mainfranken Würzburg
BLZ: 790 50 000
Kt.-Nr.: 44307718

Datum	mein Zeichen	Ihr Zeichen
15.02.2013	VR 04/11	52 221/4

Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Präsidenten des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth, wegen der UBA-Stellungnahme „Chemtrails - Gefährliche Experimente mit der Atmosphäre oder bloße Fiktion?“

Sehr geehrter Herr Bundesumweltminister Altmaier,

im Auftrag der Bürgerinitiative Sauberer Himmel, die bereits über 4.600 Teilnehmer/innen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum hat, sowie im eigenen Namen lege ich hiermit

Dienstaufsichtsbeschwerde

gegen

den Präsidenten des Umweltbundesamtes,
Herrn Jochen Flasbarth,
Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau-Roßlau,

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

sowie die weiteren in der vorliegenden Angelegenheit verantwortlichen Mitarbeiter des Umweltbundesamtes (UBA) ein.

Begründung:

Mit dieser Dienstaufsichtsbeschwerde wird das fachliche Verhalten des Betroffenen und dessen Behörde, die Ihrer Dienstaufsicht unterliegen, gerügt.

I.

1.

Als Präsident des Umweltbundesamtes (UBA) zeichnet sich der Betroffene für die im Internet unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3574.pdf> vom Umweltbundesamt veröffentlichte Stellungnahme „Chemtrails - Gefährliche Experimente mit der Atmosphäre oder bloße Fiktion?“ (Stand März 2011) verantwortlich.

2.

In dieser Stellungnahme, die im Wesentlichen aus dem Jahr 2004 resultiert, gelangt das UBA zu dem Ergebnis, es gäbe keine seriösen Hinweise dahingehend, dass in Deutschland künstliche Wolken (so genannte „Chemtrails“) versprüht würden. In der Stellungnahme heißt es insbesondere, dass verschiedene theoretische Vorstellungen, zum Schutz des Klimas unterschiedliche Stoffe in die Atmosphäre einzubringen (zum Beispiel Aluminiumoxid, Aluminium, Ruß, Eisenverbindungen) sich nicht hätten durchsetzen können – nicht einmal im experimentellen Maßstab. Abgesehen von der Frage nach der Wirksamkeit gäbe es große Bedenken und Unsicherheiten, welche unvorhergesehenen weiteren Wirkungen mit solchen Eingriffen verbunden sein könnten. Soweit im Wesentlichen das UBA.

3.

Sämtliche Verbände, nahezu alle Parteien und Abgeordnete, Ihr Ministerium, das Bundeskanzleramt und sogar auch Staatsanwaltschaften verweisen beim Thema "Chemtrails" immer wieder gebetsmühlenartig auf die oben genannte Stellungnahme des UBA, die jedoch völlig veraltet, in weiten Teilen unsachgemäß und für den objektiven Leser in hohem Maße irreführend ist.

Hierzu im Einzelnen:

a.

Die Stellungnahme des UBA erweckt beim objektiven Leser zunächst den Eindruck, dass sich die verschiedenen theoretischen Konzepte, zum Schutz des Klimas unterschiedliche Stoffe in die Atmosphäre einzubringen (zum Beispiel Aluminiumoxid, Aluminium, Ruß, Eisenverbindungen), nicht durchsetzen konnten – auch nicht im experimentellen Maßstab.

Diese Aussage ist nachweislich falsch und stellt eine Irreführung der angesprochenen Kreise dar, da sich gerade die Methode, unterschiedliche Stoffe in die Atmosphäre als so genannten „Sonnenschirm“ einzubringen, in der Fachwelt durchsetzen konnte und nach einhelliger Auffassung der entsprechenden Experten zugleich die einzige Maßnahme darstelle, die in der Praxis durchführbar sei und bereits kurz- bis mittelfristig „Erfolg“ verspreche.

(1)

So hat Prof. Dr. Thomas Leisner, Institut für Meteorologie und Klimaforschung, Karlsruhe (Institut für Technologie) und Institut für Umweltphysik, Universität Heidelberg, im letzten Jahr gegenüber dem Focus betont, dass im Zentrum der Diskussionen über das Geo-Engineering derzeit die Methoden der Sonnenabschattung

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

stunden. Diese zeigten bereits innerhalb weniger Jahrzehnte Wirkung. So werde ernsthaft in Erwägung gezogen, künstliche Partikel mithilfe von Flugzeugen in der Stratosphäre weiträumig zu verteilen. Diese Teilchen würden dann das Sonnenlicht reflektieren, so dass weniger Energie Richtung Erdoberfläche dränge (Focus Online, 27.03.2012; im Internet abrufbar unter http://www.focus.de/wissen/klima/klima-erwaermung/geo-engineering-mit-eisen-und-schwefel-gegen-den-klimawandel_aid_728206.html).

(2)

Brandaktuell hat auch das Bayerische Fernsehen im Zuge der Reihe "Faszination Wissen" unter dem Titel "Klimaklempner - Wie Forscher am Thermostat der Erde schrauben" auf diesen „Sonnenschirm“, d.h. das Versprühen von kleinen Teilchen in der Atmosphäre, mit dem Ziel, die Sonnenstrahlung von der Erde abzuhalten, hingewiesen. Da Schwefel die Ozonschicht angreifen würde, denke man mittlerweile über andere Stoffe wie zum Beispiel Metalloxide nach, heißt es in der Sendung.

(3)

Das Wissenschaftsmagazin New Scientist hat jüngst zwei Techniken von klimamachenden Maßnahmen als aussichtsreich beschrieben. Das wäre zum einen die Methode, über im Ozean verteilte Schiffsfлотten ausgedehnte Schwaden feiner Salzpartikel in die Wolken zu versprühen, oder zum zweiten eben Schwebeteilchen in der Stratosphäre freizusetzen (vgl. New Scientist, Nr. 46, 09.11.2012), was der Bayerische Rundfunk „Sonnenschirm“ und der Volksmund sowie die Boulevard-Presse "Chemtrails" nennen.

(4)

Speziell mit diesem „Sonnenschirm“ hat sich vom 14.05. bis 16.05.2012 auch das Mainzer Max-Planck-Institut für Chemie in einem abschließenden Symposium mit

dem Titel "Wissenschaft und Ökonomie der Klimabeeinflussung durch das Einbringen von Aerosolen in der Atmosphäre" ("IMPLICC Final Symposium: The Atmospheric Science and Economics of Climate Engineering via Aerosol Injections") beschäftigt. Den Schwerpunkt dieser Veranstaltung bildete das Ausbringen von künstlichen Aerosolen in der Atmosphäre, um unnatürliche Wolken zu erzeugen. Bereits aus der Tagesordnung des Symposiums geht hervor, dass Aerosol-Experimente zumindest im experimentellen Maßstab durchgeführt werden.

Beiliegend: Tagesordnung, IMPLICC Final Symposium: The Atmospheric Science and Economics of Climate Engineering via Aerosol Injections (im Internet abrufbar unter http://implicc.zmaw.de/fileadmin/user_upload/implicc/other_documents/final_symposium_agenda_20120508.pdf),

Anlage 1

Dieses Symposium des Mainzer Max-Planck-Instituts für Chemie, an dem die Crème de la Crème der Geo-Ingenieure wie zum Beispiel der Harvard-Professor David Keith teilgenommen hatte, hätte es mit Sicherheit nicht gegeben, wenn die Aussage des UBA stimmen würde, dass sich die Methode der Aerosol-Sprühungen in den Fachkreisen nicht hätte durchsetzen können.

(5)

Aber auch der hochkarätige Wissenschaftler Prof. Ken Caldeira, der neben Prof. David Keith einer der Hauptverfechter dieses „Sonnenschirms“ ist, forderte zuletzt gegenüber der Neuen Züricher Zeitung Aluminium und Titandioxid als Sonnenschutz für die Erde. Für ihn sei es die praktikabelste Methode, mit Aerosolen Sonnenlicht zu reflektieren. In diesem Zusammenhang stünden heute Aluminium und Titandioxid in der Diskussion und nicht mehr Schwefel (Neue Züricher Zeitung, 27.06.2012; im Internet abrufbar unter <http://www.nzz.ch/wissen/wissenschaft/sonnenschutz-fuer->

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

die-erde-1.17282213). Auch einen Blick auf diese aktuelle Sicht der Wissenschaft ermöglicht die beanstandete Stellungnahme des UBA nicht.

(6)

Diese kleine exemplarische Auswahl von Quellen, die auch dem UBA nicht entgangen sein dürften, zeigt überdeutlich, dass die Aussage des UBA in der beanstandeten Stellungnahme, verschiedene theoretische Methoden, zum Schutz des Klimas unterschiedliche Stoffe in die Atmosphäre einzubringen, hätten sich nicht durchsetzen können (nicht einmal im experimentellen Maßstab), eindeutig falsch ist.

Das UBA enthält dem Leser in diesem Zusammenhang wesentliche Informationen vor, die ganz klar für eine Aktualität und Wissenschaftlichkeit dieses Themas sprechen. Stattdessen verweist das UBA in seiner Stellungnahme auf Quellen wie „paranews“, „ufos-aliens“, „esoterikforum“ oder „allmystery“, um das Thema „Chemtrails“ unglaublich zu machen und zu gettoisieren.

Die beanstandete Stellungnahme ist daher nachzubessern und dem aktuellen Stand der Wissenschaft anzupassen. Dabei muss dem Leser insbesondere mitgeteilt werden, dass es nach Auffassung der Fachwelt ernsthaft in Erwägung gezogen wird, künstliche Partikel mithilfe von Flugzeugen in der Stratosphäre weiträumig zu verteilen. Die so genannten "Chemtrails", d.h. das Ausbringen von künstlichen Aerosolen, um die Sonnenstrahlung abzuhalten und das Klima zu manipulieren, sind eine reale Methode des Geo-Engineering, die sich in der entsprechenden Fachwelt längst durchgesetzt hat. Dies muss zwingend aus der beanstandeten Stellungnahme hervorgehen, um den uninformierten Leser über den tatsächlichen Sachstand angemessen zu informieren.

b.

Aus einer sachgemäßen Stellungnahme müsste zudem auch hervorgehen, dass sich die Fachwelt darüber einig ist, dass das wirkliche Ausmaß der Auswirkungen der Aerosol-Sprühungen erst untersucht werden kann, wenn tatsächlich Aerosole in die Stratosphäre eingebracht werden. Hierzu schreibt eine Doktorandin im Bereich Zirkusmodellierung in der Professur für Atmosphärenphysik der ETH Zürich unter anderem (Nachrichten.ch, 7.12.2012, zitiert den ETH-Klimablog/6.12.2012 /):

"Wie viele und welche unerwünschten Effekte Geoengineering mit sich bringt, wird niemals vollständig zu ermitteln sein mit theoretischen Überlegungen und Klimamodellen. Erst, wenn man tatsächlich Sulfat in die Stratosphäre einbringt, wird man das Ausmass der Auswirkungen abschätzen können."

Wohl gerade deshalb sprach auch der Physiker Prof. Gregory Benford, der an der Universität von Kalifornien Physik und Astronomie lehrt, bereits im Jahr 2006 davon, dass wir innerhalb eines Experimentes leben würden. Wörtlich sprach der Wissenschaftler von:

„We will live inside the experiment“

(A Step Toward Saving Our Arctic, Geoengineering - November 20, 2006 by Gregory Benford, Department of Physics & Astronomy, University of California, Irvine)

Aussagen wie diese dürften dafür sprechen, dass wir im Jahr 2013 bereits weit über den experimentellen Maßstab hinaus sein dürften.

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

c.

Darüber hinaus wird in der Stellungnahme des UBA behauptet, dass die Kosten für derartige Maßnahmen erheblich wären. Dies soll dem Leser suggerieren, dass das „Chemtrailing“ viel zu teuer wäre. Nach der Studie „Geo-Engineering Cost Analysis, Final Report - Prepared Under Contract to The University Of Calgary“ wird der Aufwand für Geo-Engineering-Operationen mittels Flugzeugen jedoch nur mit dem jährlichen Aufwand für den Betrieb einer kleinen Fluggesellschaft verglichen. Diese universitäre Studie, die im Internet unter http://agriculturedefensecoalition.org/sites/default/files/file/pdfs/jet_trails/25_1_2010_University_of_Calgary_Geoengineering_Cost_Analysis_Using_Jets_October_30_2010_Aurora_Flight_Sciences_Final_Report_Keith.pdf auch für das UBA abrufbar ist, belegt somit, dass das über Flugzeuge betriebene "Chemtrailing" eine der günstigsten Lösungen für Maßnahmen des Geo-Engineering darstellt und durchaus finanzierbar ist. Dem vom UBA verwendeten Argument, es sei doch zu teuer, dieses Projekt über Flugzeuge abzuwickeln, ist damit die Grundlage gänzlich entzogen.

Auch dies muss in der beanstandeten Stellungnahme des UBA richtig gestellt werden.

d.

Nicht mehr zeitgemäß und falsch ist auch die Behauptung des UBA, die Chemtrail-Thematik in den Medien habe hauptsächlich über die Zeitschrift Raum & Zeit Verbreitung gefunden. Dies ist nicht richtig. Die Chemtrail-Thematik wurde in der Zwischenzeit von zahlreichen Medien aufgegriffen. Bei der Suchmaschine „google“ finden sich unter diesem Begriff mittlerweile 8.270.000 Eintragungen. Weltweit schießen Bewegungen, die sich für eine Beendigung der Aerosol-Sprühungen stark machen, wie Pilze aus dem Boden. Tausende von Menschen kümmern sich haupt- und ehrenamtlich um dieses Thema. Nur die staatlichen Behörden wurden

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

offensichtlich zum Schweigen verdonnert, was zu einem immensen und kaum mehr wiedergutzumachenden Vertrauensverlust führt. Auch Ihr Ministerium ist von diesem Vertrauensverlust betroffen.

e.

Es haben sich im Übrigen bereits anerkannte Experten zu den „Chemtrails“ geäußert. So hat der renommierte Teilchenphysiker Prof. Jasper Kirkby, Mitglied der "European Organization for Nuclear Research" (CERN), das Ausbringen von künstlichen Aerosolen („Chemtrails“) über Schiffe und Flugzeuge im Rahmen eines Vortrags bestätigt.

In seinem Vortrag deutete Prof. Jasper Kirkby mit seinem Laserpointer auf ein Foto, das persistente „Kondensstreifen“ zeigt, und bestätigte dabei:

"These are not smoke trails, these are clouds which are seeded by jets dumping aerosols into the upper atmosphere"

Daraufhin beschrieb Prof. Jasper Kirkby ein Satellitenbild, das ebenfalls persistente „Kondensstreifen“ zeigt, und sagte:

"Also less familiar but also very important, these are ship tracks and this is a huge area (...) these are ship tracks over Alaska and their clouds are seeded by extra aerosols"

Diese Passage des Vortrags ist im Internet abrufbar unter <http://www.youtube.com/watch?v=fAYxH1qXYOw>.

Dieses Beispiel zeigt, dass bereits renommierte Fachleute die Existenz von „Chemtrails“ bestätigt haben.

4.

Dem Präsidenten des UBA ist daher im Wege der Dienst- und Fachaufsicht aufzugeben,

die im Internet unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3574.pdf> vom Umweltbundesamt veröffentlichte Stellungnahme „Chemtrails - Gefährliche Experimente mit der Atmosphäre oder bloße Fiktion?“ (Stand März 2011) umgehend an die derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnisse anzupassen. Dabei muss dem Leser zumindest mitgeteilt werden, dass nach der herrschenden Meinung in der Wissenschaft ernsthaft in Erwägung gezogen wird, künstliche Partikel mithilfe von Flugzeugen in der Stratosphäre weiträumig zu verteilen, und dass sich genau diese Methode in der Fachwelt durchgesetzt hat.

III.

Im Wege dieser Dienstaufsichtsbeschwerde wird weiterhin gerügt, dass die nach dem Bundesumweltinformationsgesetz erfolgte Akteneinsicht beim UBA ergab, dass die mit zahlreichen Experten versehene Bundesbehörde, die mit einem hohen Etat ausgestattet ist, bis heute keine eigenen Untersuchungen in dieser Sache vorgenommen hat. Das UBA hat zudem eingeräumt, dass es Elemente wie Aluminium, Barium und Strontium in der Luft nicht misst. Die Aufgabe des Luftmessnetzes des UBA bestünde lediglich darin, Messverpflichtungen Deutschlands zu erfüllen, die entweder aus der Unterzeichnung internationaler Abkommen oder der EU-Gesetzgebung resultieren. Für die Parameter Aluminium, Barium und Strontium ergäbe sich daraus kein Messbedarf.

Beiliegend: Schreiben des Umweltbundesamtes vom 21.11.2011 in Kopie, **Anlage 2**

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

Diese Elemente werden allerdings als wesentliche Bestandteile bei der künstlichen Wolkenerzeugung erachtet und sollten im Sinne der Vorsorgeverantwortung unbedingt bei den regulären Messungen einbezogen werden. Mit diesem Unterlassen wird denjenigen, die bereits Maßnahmen des Geo-Engineering ohne Zustimmung der jeweiligen Parlamente der betroffenen Staaten durchführen, Tür und Tor geöffnet. Das Verhalten des UBA ist daher maßgeblich dafür verantwortlich, dass mit Maßnahmen des Geo-Engineering in Deutschland begonnen werden konnte, ohne dass die Bevölkerung darüber informiert worden ist. Es ist kaum vorstellbar, dass sich das UBA bei einem Sachverhalt wie diesem, der Einfluss auf das gesamte Ökosystem dieser Erde hat, den vagen Aussagen der für den Luftraum und das Wetter zuständigen Institutionen vertraut. Ohne das konsequente Schweigen dieser Institutionen ließen sich derartige Maßnahmen doch erst gar nicht heimlich durchführen.

1.

Ausgerechnet auf das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. beruft sich das UBA in der beanstandeten Stellungnahme. Und dem DLR lägen angeblich keine Hinweise über „Chemtrails“ vor.

a.

Hierzu heißt es in der Stellungnahme des UBA:

„Auch im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) sind die beschriebenen Phänomene nicht bekannt. Das Institut für Physik der Atmosphäre des DLR untersucht seit vielen Jahren die Wirkung der Emissionen des Luftverkehrs auf die Atmosphäre - einschließlich zahlreicher Messungen gas- und partikelförmiger Emissionen von Verkehrsflugzeugen. Falls es die so genannten Chemtrails gäbe, müssten

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

beim DLR darüber Informationen vorliegen. Die Messungen enthalten jedoch keinerlei Hinweise darauf.“

b.

Das UBA macht sich somit im Rahmen der beanstandeten Stellungnahme Messungen des DLR zueigen, ohne diese eingesehen und überprüft zu haben.

Dieser Schluss muss sich dem Unterzeichner aufdrängen, denn in der vom UBA überlassenen Kopie der Akte befanden sich die Messungen des DLR freilich nicht.

2.

Dem Präsidenten des Umweltbundesamtes ist daher aufzugeben,

die in der im Internet unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-1/3574.pdf> vom Umweltbundesamt veröffentlichten Stellungnahme „Chemtrails - Gefährliche Experimente mit der Atmosphäre oder bloße Fiktion?“ (Stand März 2011) in Bezug genommenen Messungen vom DLR anzufordern und überprüfen zu lassen.

3.

Dies ist auch zwingend erforderlich. Das DLR weigert sich nämlich beharrlich, dem Unterzeichner und der Bürgerinitiative Sauberer Himmel Auskunft darüber zu erteilen, welche Messungen vorgenommen wurden und zu welchen Ergebnissen diese geführt haben. Das anwaltliche Schreiben des Unterzeichners vom 22.04.2012 mit der entsprechenden Anfrage blieb bis heute unbeantwortet.

Beiliegend: 1. Schreiben des Unterzeichners vom 22.04.2012 in Kopie, **Anlage 3**

2. Anwaltliche Versicherung des Unterzeichners

4.

Es liegen zudem wesentliche und für jedermann einleuchtende Gründe vor, die an der Unparteilichkeit des DLR im vorliegenden Fall erhebliche Zweifel aufkommen lassen.

a.

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. gehört zur Gemeinschaft der Helmholtz-Institute. Eines dieser Helmholtz-Institute, das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH, wird unter anderem von der Bill und Melinda Gates-Stiftung gesponsert (vgl. http://www.helmholtz-hzi.de/de/aktuelles/news/ansicht/article/complete/helmholtz_zentrum_fuer_infektionsforschung_erhaelt_projektfoerderung_der_bill_und_melinda_gates_stif/).

b.

Die Bill und Melinda Gates-Stiftung investiert jedoch auch nachweislich in Projekte der künstlichen Wolkenerzeugung (The Times, 08.05.2010 – „Bill Gates pays for ‘artificial’ clouds to beat greenhouse gases“).

c.

Die Helmholtz-Institute dürften daher ein erhebliches Interesse daran haben, dass das klammheimliche Versprühen von künstlichen Wolken nicht in die Öffentlichkeit gelangt.

d.

Es müssen daher berechnete Zweifel an der Unabhängigkeit des DLR beim Thema „künstliche Wolkenerzeugung“ geäußert werden. Daraus muss gefolgert werden, dass das UBA auch anderen Erkenntnisquellen nachgehen muss, um mit hinreichender Sicherheit ausschließen zu können, dass bereits künstliche Wolken über Deutschland

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

versprüht werden. Hierbei gutgläubig auf die Aussagen des DLR zu vertrauen und gleichzeitig darauf zu verweisen, dass für die Parameter Aluminium, Barium und Strontium kein Messbedarf bestehe (vgl. Anlage 2), wird der fachlichen und rechtlichen Verantwortung des UBA in keiner Weise gerecht.

5.

Etwas anderes folgt auch nicht aus den vom UBA eingeholten Stellungnahmen der für das Wetter und den Luftraum zuständigen Behörden.

a.

Das Meteorologische Observatorium des Deutschen Wetterdienstes räumte auf Anfrage des Unterzeichners ein, dass es nicht ausschließen könne, dass chemische Wolken über Deutschland versprüht werden.

Beiliegend: Schreiben des Meteorologischen Observatoriums des Deutschen Wetterdienstes vom 24.01.2012 in Kopie, **Anlage 4**

b.

Auch die Deutsche Flugsicherung hat nicht behauptet, dass keine „Chemtrails“ versprüht werden. Die Deutsche Flugsicherung hatte dem Umweltbundesamt in einem Schreiben vom 29.07.2004 lediglich mitgeteilt, dass von der Deutschen Flugsicherung nicht festgestellt werden könne, ob Flugzeuge irgendwelche Substanzen ausbringen.

Beiliegend: Schreiben der Deutschen Flugsicherung vom 29.07.2004 in Kopie, **Anlage 5**

c.

Das Bundesministerium der Verteidigung hat in einem dem UBA vorliegenden Schreiben gar verkündet:

„Im Bundesministerium der Verteidigung wird am Thema „Chemtrails“ nicht gearbeitet.“

Beiliegend: Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung (ohne Datum) in Kopie, **Anlage 6**

IV.

1.

Der Präsident des Umweltbundesamtes wurde vom Unterzeichner mit Schreiben vom 06.03.2012 letztmalig aufgefordert, der vorliegenden Sache anhand von eigenen Untersuchungen nachzugehen und die im Internet veröffentlichte Stellungnahme zu korrigieren bzw. zu widerrufen.

Beiliegend: Schreiben des Unterzeichners vom 06.03.2012 in Kopie, **Anlage 7**

2.

Dieser Aufforderung ist der Präsident des Umweltbundesamtes bisher nicht nachgekommen.

Beiliegend: Schreiben des Umweltbundesamtes vom 11.04.2012 in Kopie, **Anlage 8**

3.

Die vorliegende Dienstaufsichtsbeschwerde war daher geboten.

V.

Zusammenfassung

Dem Präsidenten des UBA ist nach all dem im Wege der Dienst- und Fachaufsicht aufzugeben,

die im Internet unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3574.pdf> vom Umweltbundesamt veröffentlichte Stellungnahme „Chemtrails - Gefährliche Experimente mit der Atmosphäre oder bloße Fiktion?“ (Stand März 2011) umgehend an die derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnisse anzupassen. Dabei muss dem Leser insbesondere mitgeteilt werden, dass nach der herrschenden Meinung in der Wissenschaft ernsthaft in Erwägung gezogen werden soll, künstliche Partikel wie Metalloxide mithilfe von Flugzeugen in der Stratosphäre weiträumig zu verteilen, und dass sich genau diese Methode in der Fachwelt durchgesetzt hat,

- dem DLR aufzugeben, die entsprechenden Messungen, welche die Existenz von „Chemtrails“ angeblich widerlegen sollen, an das UBA herauszugeben,
- dem UBA aufzugeben, mit eigenen wissenschaftlichen Untersuchungen der Frage nachzugehen, ob bereits chemische Wolken über Deutschland versprüht werden, und diese Untersuchungen öffentlich zugänglich zu machen.

Das UBA betreibt übrigens seit Dezember 2008 an der Dienststelle Langen bei Frankfurt am Main eine Experimentalstation für Fein- und Ultrafeinstaubmessungen. Es ist daher kaum glaubhaft, wenn das UBA behauptet, keine Hinweise zu haben, dass erhebliche Mengen von Feinstaub im Zuge des Geo-Engineering versprüht werden.

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

Im Schweigen des UBA sowie in der beanstandeten Irreführung der Leser aufgrund der unsachgemäßen Stellungnahme des UBA dürften übrigens Hilfeleistungen eines Gehilfen im strafrechtlichen Sinn zu erblicken sein, denn das Verhalten des UBA erleichtert die den Straftatbestand verwirklichende Handlung der Täter (Tröndle/Fischer, StGB, Rn 2 zu § 27). Die Aerosol-Sprühungen verletzen in Ermangelung einer gesetzlichen Grundlage sowie der vorliegenden Gefährdung von Mensch, Tier und Umwelt aufgrund der generellen Toxizität der versprühten, ultra-kleinen Partikel eine Vielzahl von nationalen und internationalen Vorschriften zum Schutze der Menschen, Tiere und Umwelt. Die Gesundheit der Bevölkerung wird dadurch bedroht, die Luft wird dadurch verunreinigt, die Gewässer werden dadurch geschädigt, der Boden und die Pflanzenwelt werden dadurch kontaminiert. Aus dem Waldschadenbericht der Bundesregierung geht übrigens hervor, dass als Ursache für die Waldschäden die Luftverschmutzung und die sauren Böden gelten, was mit den Aerosol-Sprühungen noch wesentlich verschärft werden dürfte.

In diesem Zusammenhang wird abschließend noch darauf hingewiesen, dass die Untersuchungen von 73 Regenwasserproben aus ganz Deutschland deutliche Spuren der durch zahlreiche Patente beim Geo-Engineering in Verdacht geratenen Elemente wie Aluminium, Barium und Strontium zum Vorschein brachten. Die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen wurden von der Bürgerinitiative Sauberer Himmel im Internet unter <http://www.sauberer-himmel.de/untersuchungen/> veröffentlicht. Die im Niederschlagswasser vorgefundenen Häufigkeiten und Konzentrationen von Metallen sollte Ihr Ministerium, das sich den Schutz der Umwelt auf die Fahnen geschrieben hat, nicht nur aufhorchen, sondern aufschrecken und sofort zu Taten schreiten lassen.

DOMINIK STORR

Rechtsanwalt

VI.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier, dieser Dienstaufsichtsbeschwerde in einer angemessenen Zeit nachzugehen und mir die von Ihnen eingeleiteten Maßnahmen sowie deren Ergebnisse schriftlich mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Dominik Storr

Rechtsanwalt